Rechtswegen geregelt ist, können mit Untersuchungshandlungen vor Einleitung des Ermittlungsverfahrens auch Sachverhalte geklärt werden, die nach den Erfahrungen des MfS keine Straftaten darstellen müssen. So kann z. B. das offene Tragen eines feindlich-negativen Symbols je nach den konkreten Umständen und der für die Gesellschaft schädlichen Auswirkungen eine Straftat, eine Ordnungswidrigkeit oder ein Disziplinverstoß sein.

Allerdings können Untersuchungshandlungen der Linie IX vor Einleitung von Ermittlungsverfahren die spezifische tschechistische Tätigkeit des MfS zur Erlangung von operativ bedeutsamen Informationen mit inoffiziellen Kräften, Mitteln und Methoden nicht ersetzen. Durch Prüfungshandlungen wird das Interesse des MfS an den betreffenden Personen oder dem Sachverhalt offenbar und in der Regel muß auch ein Teil unseres Wissens dem Verdächtigen mitgeteilt werden. Insofern können sich Verdächtige, aber auch andere Personen auf weitere Maßnahmen des MfS einstellen, in dem sie z. B. ihre strafbaren Handlungen unterbrechen, sich tarnen, andere Personen warnen Verbindungen abbrechen usw. Das gilt vor allem dann, wenn die Befragung des Verdächtigen nicht zur Klärung des Sachverhaltes führte. Häufig sind offizielle Untersuchungshandlungen vor Einleitung von Ermittlungsverfahren nicht geeignet, unbemerkt in die Konspiration des Feindes einzudringen. Dazu bedarf es des inoffiziellen Instrumentariums der Arbeit des MfS. Deshalb können Untersuchungshandlungen vor Einleitung von Ermittlungsverfahren nicht bei jeder operativen Ausgangslage, sondern nur dann angewandt werden, wenn begründet zu erwarten ist, daß damit der Sachverhalt aufgeklärt und im Folgenden bewiesen werden kann.

Bei spezifischen operativen Zielstellungen, wie der Verunsicherung oder Zersetzung feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse, kann dieses Problem eine untergeordnete Rolle spielen.